

gesundheitspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, der sich auf entsprechende Befürchtungen der konfessionellen Krankenhausträger bezieht. Nach Wolters haben viele private Krankenhäuser außerhalb des Systems der öffentlichen Förderung nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) eine eigene wirtschaftliche Grundlage. Bei den nach dem KHG geförderten privaten und freigemeinnützigen Häusern gingen die mit den öffentlichen Fördermitteln beschafften Anlagegüter in das Eigentum des Krankenhausträgers über. Es liege daher nicht nur keine Enteignung vor, sondern vielmehr ein nicht unerheblicher Vermögenszuwachs auf Grund der öffentlichen Förderung, erklärte Prof. Wolters. DÄ

## In einem Satz

**Arzthonorierung** — Voraussichtlich Ende 1976 will das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes (WSI) die Vorschläge eines Arbeitskreises „Leistungskomplex-Honorar“ veröffentlichen, die „konkrete und praktikable Modelle“ zur Ablösung des bestehenden Einzelleistungs-Honorierungssystems durch ein Leistungskomplexhonorar zum Inhalt haben werden.

**Parlamentarier-Fleiß** — In der abgelaufenen siebten Legislaturperiode behandelte der Deutsche Bundestag 24 große Anfragen, 438 kleine Anfragen und 17 295 mündliche Anfragen.

**Krankenversicherung** — Eine Deckungslücke von 23 Milliarden DM droht der gesetzlichen Krankenversicherung nach Ansicht des Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses der CDU, Sozialminister Dr. Heinrich Geißler, im Jahr 1980, wenn die Ausgaben insgesamt weit stärker als die Löhne steigen. DÄ

## BERLIN

### „Umfrage“ der TU bei niedergelassenen Ärzten

Der Sonderforschungsbereich 159 (Krankenhausbau) der Technischen Universität Berlin führte im September bei niedergelassenen Ärzten in Berlin eine „Umfrageaktion“ über den zeitlichen Aufwand bei Untersuchungen durch. In einem Erhebungsbogen sollten für bestimmte Untersuchungsarten Vorbereitungszeit, Untersuchungszeit sowie auch die Zeit für die Nacharbeit geschätzt und vermerkt werden:

Diese Schätzungen sollten den geringsten, den durchschnittlichen und den höchsten zeitlichen Aufwand umfassen. Außerdem sollte angegeben werden, wie lange Ärzte, Arzthelferinnen, Schwestern und MTA an der jeweiligen Untersuchungsart beteiligt waren.

Die Angaben wurden angeblich benötigt „für die Erarbeitung von Dimensionierungsgrundlagen für Gruppenpraxen, Diagnose- und Therapiezentren, Arzthäuser etc.“

Das Delikate an dieser Aktion: der Sonderforschungsbereich 159 ist ausgerechnet derjenige, der auch die „wissenschaftliche Auswertung“ der Datenerfassungsaktion der AOK Lindau durchführen soll, die in den letzten Wochen so viel Staub aufgewirbelt hat. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die Qualität dieser „wissenschaftlichen Auswertung“ — dafür sollen 500 000 DM bereitstehen — natürlich von vornherein sehr fragwürdig sein muß, wenn bei der Aufbereitung der Unterlagen durch die AOK Lindau von wissenschaftlicher Genauigkeit kaum die Rede sein kann. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat vor kurzem andere Projekte des Sonderforschungsbereiches 159 „wegen mangelnder Überzeugung im sachlichen Ansatz“ gestrichen (vgl. DEUTSCHES ÄRZTEBLATT Heft 41/1976, Seite 2546, und Seite 2696 dieses Heftes).

Zu der neueren Umfrage bei den niedergelassenen Ärzten hat der Vorstand der Ärztekammer Berlin erklärt, sie sei mit ihm nicht abgestimmt worden. Eine Rückfrage beim Geschäftsführenden Direktor des Instituts für Krankenhausbau der TU, Prof. Franz Labryga, ergab, daß auch er die Umfrage nicht kannte. zel/gb

### Gesundheitszentrum Gropiusstadt: Ärztin beging Selbstmord

Die 34jährige Röntgenärztin Sigrid Salzwedel hat Selbstmord begangen, weil ihre „Lebensaufgabe wie ein Kartenhaus zusammengebrochen war“. Sie war ursprünglich eine der aktivsten Ärztinnen beim Aufbau des Gesundheitszentrums Gropiusstadt, hatte aber noch vor der offiziellen Eröffnung im Juli 1976 das nach ihren persönlichen Vorstellungen eingerichtete Röntgenlabor wegen Überarbeitung wieder verlassen. zel

## BADEN-WÜRTTEMBERG

### Ortskrankenkassen starten Aufklärungsaktion

Mit über 70 000 Plakaten, 100 000 von Informationsblättern sowie Vortrags- und Filmveranstaltungen wollen die Ortskrankenkassen Baden-Württembergs in den nächsten Monaten zu einer gesundheitsbewußten Lebensführung aufrufen. Die Aufklärungsaktion, die vom Landesverband der Ortskrankenkassen Baden-Württembergs koordiniert wird, richtet sich vor allem gegen den Nikotin- und Alkoholmißbrauch, soll dem Arzneimittelmißbrauch entgegenwirken und die Bevölkerung zur modernen Lebensführung anhalten. Außerdem wollen die Ortskrankenkassen zu einer verstärkten Teilnahme der Bürger an den gesetzlichen Maßnahmen zur Krankheitsfrüherkennung aufrufen. DÄ